

Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Kampfforderungen der SAP

Aufruf an alle Proletarier!

Unter der Aera Brüning hat das Parlament selbst dem Parlamentarismus den Todesstoß gegeben. Widerstandslos konnte die Regierung die soziale Versicherung in allen Zweigen abbauen, die demokratischen Rechte, Presse- und Versammlungsfreiheit, aufheben, die Lohn-tarife durch Notverordnung senken, das Volk durch riesenhafte Massenbelastung drücken und gleichzeitig dem Besitz Milliarden-geschenke in den Schoß werfen.

Ein Reichstag war vorhanden, der zu diesen Keulenschlägen gegen das Volk nicht ja sagen durfte und nicht nein zu sagen wagte. Aus diesem Dilemma rettete er sich, indem er sich selbst ausschaltete. Die Regierung regierte mit dem Art. 48 gegen das Volk — die gewählte Volksvertretung trat nicht zusammen. Das Parlament war getötet, aber der Parlamentarismus verschwand sang- und klanglos von der Bildfläche. Während man mit dieser Politik den Faschismus bekämpfen wollte, überließ man ihm kampflös den Sieg einer seiner Grundforderungen, die heißt: Schluß mit dem parlamentarischen System! Das Volk wurde vertröstet mit der Versicherung: Das Jahr 1932 bringt die große Entscheidung. Eine Reihe wichtiger parlamentarischer Wahlen stand vor der Tür. Konnten sie die Entscheidung bringen?

Wer auf die Wahlen hoffte, ist in diesem Jahre auf seine Kosten gekommen. Zum fünften Male wird das Volk zur Wahlurne gerufen, der dritte Reichstag des Jahres 1932 soll entstehen, vielleicht wird noch ein vierter folgen. Wie immer die Wahl ausfallen wird, eines steht vorher fest, stand bereits fest vor der Juliwahl: Der Reichstag wird nicht gewählt als gesetzgebende Körperschaft, die dazu bestimmt ist, die Rechte des Volkes zu vertreten! Bereits jetzt werden in der Presse unverblümt die Pläne erörtert, den Reichstag sofort nach der Wahl wieder aufzulösen.

Die Regierung verfolgt mit dieser Wahlserie durchsichtige Ziele. Der bereits in Miß-kredit geratene Parlamentarismus soll so lächerlich und verhaßt gemacht, die Wähler so angeekelt und überzeugt von der Sinnlosigkeit der Wahlen werden, daß es mühelos gelingt, die Volksvertretung überhaupt zu beseitigen und die unverhüllte Diktatur zu errichten.

Welchen Sinn hat bei dieser Situation die Wahl für die Arbeiterschaft? Das Parlament wird keine Bedeutung gewinnen, wenn die Arbeiter sich etwa verleiten lassen, beiseite zu stehen und der Reaktion das Feld zu überlassen.

Für die Bedeutung des Stimmrechts gilt heute noch das Wort von Engels:

„In dem Maße aber, worin sie (die Arbeiterklasse) ihrer Selbstermächtigung entgegenreift, in dem Maße konstituiert sie sich als eigene Partei, wählt ihre eigenen

Vertreter, nicht die der Kapitalisten. Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser für die Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat; aber das genügt auch.“

Wir werden nicht einen Augenblick die Illusion erwecken, als könne das Parlament den Arbeitern die schweren Kämpfe, die bevorstehen, abnehmen. Aber wir benutzen den Wahlkampf, um unsere Forderungen in die Massen hineinzutragen, und die Massen dafür zu mobilisieren. Weniger denn je kommt es auf Mandata an, wichtig ist nur der Aufmarsch der Klassenkräfte. Darum geht keine Stimme verloren, die für die SAP abgegeben wird. Sie wird gezählt und gewogen als Bekenntnis zu unseren entschlossenen sozialistischen Kampfforderungen, sie bedeutet eine Kampfansage an das kapitalistische System!

Vor allem gilt es, in mühevoller und aufopferndem Kampfe noch vorhandene Positionen zu verteidigen, verlorenes Terrain zurück-zuerobern und weiter vorzustoßen bis zum Endkampfe für den Sozialismus.

Die erste Etappe ist die Verteidigung und Zurückeroberung der demokratischen Freiheiten. Darauf zu verzichten wäre gleichbedeutend mit Kapitulation vor der Diktatur

Wir fordern Aufhebung aller Not- verordnungen,

die Presse- und Versammlungsfreiheit be-schränken!

Wir fordern Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Rechte des Reichstages.

Die Regierung ist abhängig vom Vertrauen des Reichstages und hat abzutreten, wenn sie das Vertrauen nicht besitzt. Präsidialregie-rung ist ein neues Wort für Verfassungsver-letzung.

Erhaltung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes mit Einschluß der Jugendlichen.

Man plant, den Jugendlichen das Wahlrecht zu nehmen! Sind sie aber reif genug, alle Lasten mitzutragen, dann sind sie auch reif genug, mitzubestimmen!

Wir schützen alle Organe der prole- tarischen Demokratie und kämpfen für ihren Ausbau!

Dies ist der Weg, den wir der sozialistischen Aktion weisen, im Gegensatz zu: SPD, die Staatskapitalismus anstrebt, nachdem sie die

Demokratie verloren hat, Staatskapitalismus in einem Staate der kapitalistischen Diktatur, in dem die Arbeiter keinerlei Einfluß haben, in einem Staate, dem man keine Machtmittel geben darf, weil er sie gegen die Arbeiter einsetzt.

Werden laufende Tarifverträge verschlech-tert, so ist der Unternehmer vertragsbrüchig geworden, auch wenn er sich auf eine Notver-ordnung stützt!

Die Gewerkschaften haben das Recht und die Pflicht zum Streik gegen jeden Lohnraub!

Die staatliche Kontrolle der Industrien ist in diesem Staate für uns ohne Wert! Schon ohne Anträge der SPD hat sich die Papen-Regie-rung zu weit gehende Kontrollbefugnisse an-gemaßt. Der staatliche Schlichter entscheidet, ob ein Betrieb notleidend ist und folgert dar-aus das Recht, die Tarife zu kürzen.

Wir fordern statt der Kontrolle der Be-triebe durch einen arbeiterfreundlichen Staat:

Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiter und ihre Organisationen.

Der Regierung bestreiten wir das Recht, über Staatseinnahmen der nächsten Jahre schon jetzt zugunsten der Unternehmer zu verfügen (Steuergutscheine)! Wir bezeichnen als „produktionshemmendste“ Steuer die Lohn-steuer und wehren uns gegen die Steuer-geschenke an die Besitzenden auf Kosten der Arbeiter!

Wir fordern nicht nur

schärfere Erfassung der Vermögen und großen Einkommen,

sondern vor allem Verwendung der erfaßten Beträge zugunsten der ausgebeuteten Massen!

Die Arbeitszeitverkürzung propagieren wir nicht — wie die SPD — als ein Opfer, das die Arbeiterschaft anbot, sondern als Kampf-forderung für die Arbeiterschaft! Wir for-dern deshalb nicht nur Arbeitszeitverkürzung, wir fügen hinzu:

Keine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich!

Wir brandmarken den Arbeitsbeschaffungs-plan der Regierung, der durch neue Subven-tionen für die Technisierung der Betriebe er-höhte Arbeitslosigkeit, durch neue Zölle er-höhte Teuerung schafft. Arbeit ist in Hülle und Fülle da, wenn Industrie und Landwirt-schaft produzieren, um den tatsächlichen Be-darf der ausgehungerten Massen zu decken (an Rohstoffen fehlt es auch nicht)!

Den Arbeitern ausreichende Löhne, den Arbeitslosen ausreichende Unter- stützungen,

damit sie kaufen können — nur von dieser Seite her ist das Arbeitsbeschaffungsproblem zu lösen!

Wir begnügen uns nicht mit der Forderung des sozialdemokratischen Volksentscheides, der Regierung die Errichtung zum Abbau der Sozialversicherung zu nehmen. Für die Arbeitslosenversicherung hat die Regierung diese Ermächtigung schon seit der von der SPD tolerierten Notverordnung vom Juni 1931. Ob der Abbau durch Verordnung der Regierung oder durch Notverordnung des Reichspräsidenten erfolgt, ist auch völlig gleichgültig. Wir rufen zum Kampf!

gegen jeden Abbau der Sozial- versicherung,

von welcher Seite und unter welcher Form er auch erfolgen möge.

Wir kämpfen

gegen die Klassenjustiz, die Sonder- gerichte, gegen Kulturreaktion und Muckertum,

die die gesunde und freie Entwicklung des Volkes bedrohen.

Diese Forderungen wollen wir erkämpfen mit der

Einheitsfront des gesamten Proletariats.

Diese Einheitsfront muß sich klar und bewußt richten: Gegen den kapitalistischen Staat! Bei jedem Kampf um Einzelforderungen muß der Blick gerichtet sein auf das große Ziel: Die Eroberung der politischen Macht!

SPD und KPD haben in jahr-zehntelanger Entwicklung im Kampf für diese Aufgabe kläg-lich versagt.

Wir rufen die Arbeiterschaft jetzt auf, mit den alten Methoden zu brechen! Sowohl die staatsbehaltende Tätigkeit der SPD, als auch die Revolutionsspielerei der KPD haben die Arbeiterschaft gelähmt. Wir wollen die Ohnmacht überwinden! Das Proletariat ist unbesieghar, wenn es sich seiner Macht be-wußt ist und sie zu nutzen weiß!

Darum scharf Euch um unser Banner, es ist Euch nicht fremd: Es ist das alte Banner des wissenschaftlichen, revolutionären Marxismus!

Am 6. November jede Arbeiterstimme der SAP!

Der Parteivorstand
der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Reichspräsidenten-Diktatur

Richtlinien zur Verfassungsreform — Die Hohenzollern werden immer aktiver — Sozialdemokraten in nationaler Einheitsfront

Der Reichskanzler v. Papen hat am gestrigen Sonntag wieder zwei Reden gehalten, in Paderborn und in Dortmund. Man kann ihm beschuldigen, daß es ihm gelungen ist, mit vielen Worten nichts Neues zu sagen. Er war wohl der Meinung, daß er in seiner Münchener Rede deutlich genug geworden sei.

Um so mehr Aufsehen muß aber eine Veröffentlichung erregen, die die Telegraphen-Union Hugenbergs über Richtlinien der Reichsregierung für die Verfassungsreform bringt. Natürlich ist sofort wieder ein halbes Dementi der Reichsregierung da, in dem erklärt wird, diese Richtlinien beruhen nur auf Kombinationen. Ob es sich um richtige oder falsche Kombinationen handelt, wird vorläufigerhand nicht gesagt. Nach der Münchener Rede Papens und auf Grund der Tatsache, daß die Telegraphen-Union der jetzigen Regierung besonders nahesteht, darf man diese Richtlinien ohne weiteres als das Regierungsprogramm in der Verfassungsfrage bezeichnen.

Was enthalten nun diese Richtlinien? Sie betonen zunächst für das Verhältnis zwischen Reich und Preußen, daß

der Reichspräsident künftig gleichzeitig preußischer Staatspräsident

sein und die Befugnis erhalten soll, den preußischen Minister-Präsidenten und die preußischen Minister zu ernennen. Genauer gesagt: es sollen überhaupt nur noch zwei besondere preußische Ministerien, das Ministerium des Innern und das Finanzministerium, bestehen bleiben, während in allen anderen Fällen Personal-Union zwischen Reichsministern und preußischen Ministern geschaffen werden soll. Der preußische Landtag hätte dann keinen Einfluß mehr auf die Wahl des preußischen Ministerpräsidenten; er bekommt nur noch das Recht, einmal zu Beginn der Legislaturperiode zu der vom Staatspräsidenten ernannten Regierung Stellung zu nehmen. Den Preußischen Landtag bilden die in Preußen gewählten Reichstagsabgeordneten.

Für das allgemeine Verhältnis zwischen Reich und Ländern soll, entsprechend Papens Ankündigung, die Freiheit der Länder eingeführt werden,

ihre Verfassung, ob Republik oder Monarchie, selbst zu bestimmen.

Es wird bereits ganz offen von der Einführung der Monarchie in deutschen Einzelstaaten gesprochen.

Das Wahlrecht zum Reichstag soll durch Heraussetzung des Wahlalters und durch Wiedereinführung der Einmann-Wahlkreise mit der Möglichkeit der Stichwahl abgeändert werden. Noch erheblicher soll das Gemeindevahlrecht geändert werden; man denkt hierbei an ein

Mehrstimmenwahlrecht,

„um parteipolitische Gesichtspunkte bei den Gemeindeverwaltungen auszuschalten“.

Das parlamentarische System soll dadurch beseitigt werden, daß die Regierung praktisch vom Parlament unabhängig wird. Diesem Ziel dient zunächst die Schaffung einer Ersten Kammer

neben dem Reichstag. Beschlüsse sollen nur rechtsverbindlich sein, wenn sie in beiden Häusern mit den Stimmen der Mehrzahl der tatsächlichen (also nicht der anwesenden) Mitglieder gefaßt sind. Leht die Erste Kammer einen Reichstagsbeschluss ab, so ist eine Zweidrittel-Mehrheit des Reichstages notwendig, um dem Beschluss doch Gesetzeskraft zu verschaffen. Auch der Sturz einer Reichsregierung oder einzelner Minister kann nur auf diesem komplizierten Wege herbeigeführt werden.

Die Erste Kammer soll aus dem Reichsrat gebildet werden, ein Vorschlag, der wahrscheinlich dazu dienen soll, den Ländern die Sache schmackhafter zu machen. Die bisherigen Reichsratsmitglieder sollen aber nur etwa ein Drittel der neuen Kammer bilden; ein weiteres Drittel soll dem bisherigen Reichswirtschaftsrat entnommen werden. Das letzte Drittel soll vom Reichspräsidenten ernannt werden. Reichsrat und Reichswirtschaftsrat würden dann verschwinden.

Diese Pläne sind so eindeutig, daß man nicht viel dazu zu sagen braucht. Sie würden die völlige Beseitigung des demokratisch-parlamentarischen Systems und seine Ersetzung durch ein

Diktaturregiment des Reichspräsidenten

bedeuten. So wenig auch die fromale bürgerliche Demokratie der Arbeiterklasse geben kann, so sehr ist es doch die Aufgabe aller Arbeiterorganisationen, den entschlossensten außerparlamentarischen Kampf gegen diese gefährlichen Bestrebungen aufzunehmen.

Diese Veröffentlichungen erhalten aber eine noch weit größere Bedeutung, wenn man sie in Verbindung bringt mit den immer klarer hervortretenden

Tendenzen zur Wiederherstellung der Hohenzollern-Monarchie in Deutschland.

Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ berichtet von einem Brief, den der frühere Kronprinz am 14. April d. J. an den damaligen Reichswehrminister Groener geschrieben und in dem er sich gegen die Unterdrückung der SA und SS gewandt hat, wobei er betonte, ein wie „wunderbares Menschenmaterial“ in der SA und SS vereinigt sei. Das sozialdemokratische Blatt unterläßt es leider, diesen Brief im Wortlaut zu veröffentlichen und zwar mit der unerhörten Begründung, eine Veröffentlichung sei „aus nationalpolitischen Gründen zumal in der jetzigen schweren

außenpolitischen Lage“ nicht empfehlenswert.

Das ist ein ungeheurer Skandal!

Das sozialdemokratische Blatt, das Organ Sollmanns, stellt sich damit genau wie im August 1914 in eine nationale Einheitsfront hinein, statt sich bewußt zu sein, daß die Interessen der Arbeiterklasse nur in schärfstem Kampf gegen die deutsche Außenpolitik wahrgenommen werden können.

Noch interessanter als dieser schon ältere Brief des Kronprinzen ist eine Mitteilung, die Rudolf Martin, früherer Regierungsrat im Reichsamt des Innern, im „Dortmunder General-Anzeiger“ macht. Dieser bürgerliche Verfasser stellt fest, daß

zwischen dem Reichskanzler v. Papen und dem ehemaligen Kaiser eine ständige sehr enge politische Verbindung

besteht. Ein naher Freund des Reichskanzlers, General v. Dommers, halte sich seit einiger Zeit in Holland beim früheren Kaiser auf und sei der Verbindungsmann zwischen Reichskanzler und früherem Monarchen. In diesem Zusammenhang wird auch daran erinnert, daß der Reichskanzler erst am vorletzten Sonntag, am 9. Oktober, wieder zusammen mit dem Kronprinzen und einer Reihe an-

derer Kaisersöhne beim Stahlhelm zu Gast war und in einer Rede erklärte: „Dreizehn Jahre lang hat der Stahlhelm für die Grundlagen des neuen Reiches gekämpft. Der Stahlhelm soll nicht umsonst gekämpft haben.“ Nimmt man hinzu, daß am gleichen Tage die frühere Kronprinzessin im weiblichen Stahlhelm, dem Königin-Luise-Bund, eine Rede über die „lebenverwendende Vergangenheit“ gehalten hat, so rundet sich das Bild immer mehr ab.

Diese Nachrichten, die nur so zufällig hier und da durchsickern, zeigen den ganzen Ernst der innen- und außenpolitischen Situation. Um so verantwortlicher sind die Ablenkungsmanöver der sozialdemokratischen Führer. Im „Vorwärts“ vom Sonntag bringt es Lohse fertig, in einem offenen Brief an den Reichspräsidenten zu appellieren ganz abgesehen davon, daß ein politischer Kampf in diesem Stadium wirklich nicht mehr mit offenen Briefen zu führen ist, muß diese ganze Taktik der SPD-Führung es dahin bringen, daß die sozialdemokratischen Arbeiter über die wahre Rolle Hindenburgs, der in Wirklichkeit natürlich hinter den Plänen Papens steht, grübeln gelächelt werden.

Auch gegen diese Täuschungsmanöver muß der schärfste Kampf aufgenommen werden!

Blutige Zusammenstöße häufen sich

Zahlreiche Tote und Verwundete

In verschiedenen deutschen Großstädten und in Wien ist es am gestrigen Sonntag zu blutigen Zusammenstößen gekommen.

In Berlin wurden im Nordwesten der Stadt, in der Oldenburgerstraße bei einer Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ein Kommunist und ein Nationalsozialist so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. In der Schönhauser Allee kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern der Eisernen Front und Nationalsozialisten, wobei ein Angehöriger der Eisernen Front leicht verletzt wurde. Bei der Auflösung eines aus hundert uniformierten Nationalsozialisten bestehenden Demonstrationzuges in der Golenowstraße, verhaftete die Polizei den Führer des Zuges und zwei Teilnehmer. Bei den beiden erstgenannten Zusammenstößen wurden 20 Personen festgenommen.

In Dortmund kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen uniformierten Nationalsozialisten und Kommunisten. Nach den bisherigen Feststellungen wurden ein Nationalsozialist und eine unbeteiligte Frau getötet. 12 Personen, darunter ein Polizeibeamter, wurden schwer verletzt. Die Polizei trennte die Streitenden mit Gummiknüppel und Schusswaffe.

In Leipzig fand im Anschluß an eine nationalsozialistische Wahlkundgebung eine Schießerei statt, bei der 3 Nationalsozialisten verwundet wurden. Die Untersuchung ist noch im Gange.

In Wien kam es anlässlich eines nationalsozialistischen Demonstrationzuges durch den Arbeitervorort Simmering zu einer schweren Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Mitgliedern des sozialdemokratischen Schutzbundes. 3 Nationalsozialisten und 1 Polizeinspektor wurden getötet, etwa 15 Personen wurden verletzt. Die Polizei verhaftete 45 Schutzbündler und beschlagnahmte 70 Gewehre.

Da die vorstehenden Meldungen durchweg aus bürgerlicher Quelle stammen, sind sie mit großer Vorsicht aufzunehmen. Diesen Berichten wohnt natürlich immer die

Tendenz inne, die Kommunisten und Sozialdemokraten als die Schuldigen und die Nationalsozialisten als die Ueberfallenen darzustellen. Tatsächlich dürfte es sich ganz anders verhalten, wie z. B. aus einem näheren Bericht des linksdemokratischen „Montag Morgen“ hervorgeht, nach dem bei den Zusammenstößen in Berlin die Nationalsozialisten die Urheber einer wilden Schießerei gegen kommunistische Arbeiter gewesen sind. Auch die Tatsache, daß in einigen Fällen hauptsächlich Nationalsozialisten verwundet worden sind, darf nicht als Beweis für die Unschuld der Nazis genommen werden; man weiß ja aus zahlreichen Prozessen, zuletzt aus dem Prozeß Röntgenstraße, daß bei solchen Schießereien häufig die Beteiligten von ihren eigenen Parteifreunden getroffen werden.

Fememörder ermittelt

Natürlich Nationalsozialisten!

Braunschweig, 15. Oktober.

Nach einer Mitteilung der „Staatszeitung“ ist die Persönlichkeit des Fememörders, der den stellunglosen Handlungsgehilfen und SA-Mann Wilhelm Kampe aus Salzwedel unweit Braunschweig unter bestialisches Umstände tötete, ermittelt worden. Es handelt sich um einen der Nationalsozialistischen Partei angehörenden Kellner Kaune, der bis zum gestrigen Tage im nationalsozialistischen SS-Heim Petri-Torwall gewohnt hat, und seitdem flüchtig ist. Der Oberstaatsanwalt hat auf die Ermittlung des Fememörders 1000 Mark Belohnung ausgesetzt. Außer Kaune dürften noch mehrere SS-Leute als Helfershelfer und Mitwisser der grausigen Mordtat in Frage kommen. Vom SS-Heim sind in den letzten Monaten eine Reihe von Attentaten, Sprengstoffverbrechen usw. ausgegangen, ohne daß dieses Heim geschlossen worden wäre!

„Die klaffende Wunde“ — oder die Rolle der KPD

In der schlesischen „Arbeiterzeitung“ vom Sonnabend/Sonntag wird in einem offenbar aus den ZK der KPD stammenden Leitartikel die neueste Plenarsitzung der Exekutive der Komintern besprochen. Wir erfahren da, daß Deutschland die „klaffende Wunde Europas“ ist. Es wird wieder einmal ein neuer revolutionärer Aufschwung „festgestellt“ und dabei folgende, auch uns überwältigende große historische Wahrheit verkündet: „Der revolutionäre Aufschwung in Deutschland geht in Deutschland (!) stürmischer vor sich als in den meisten anderen kapitalistischen Ländern.“ Wir wollen nicht abstreiten, daß in Deutschland der Aufschwung größer ist als in anderen Ländern, wir sind sogar noch radikaler als die KPD und meinen, daß der Aufschwung in Deutschland größer ist als in allen anderen Ländern. Denn in den anderen Ländern kann unseres Wissens überhaupt kein Aufschwung in Deutschland sein. Oder sind wir nicht genügend „Dialektiker“, daß wir hier nicht milkommen?

Wenn es nicht gar so ernst und so verhängnisvoll für die deutsche Arbeiterbewegung wäre, so könnte man noch manche solche Witzstille aus dem Leitartikel zum XII. Plenum der Kommunistischen Internationale, das kürzlich tagte, herausuchen und zitieren. Uns scheint, daß die KPD und die Komintern-Instanzen sich endlich einmal überlegen sollten, daß sie selbst eine schwere, klaffende Wunde der gesamten Arbeiterbewegung darstellen.

Aber wir wollen hier nur noch einen Satz zitieren, der erneut bestätigt, in welcher skrupellosen, die Hirne vernebelnden Weise die KPD- und Kominternführung wirtschaftet. Da heißt es: „Deutschland ist das entscheidende Kettenglied im ganzen Versailler System“. Das ist wieder eine ganz bewußte Anpassung an die Nazi-Ideologie und damit ein „Kettenglied“ vor allem in der Verwischung der Grenzen zwischen KPD- und Nazi-Propaganda unter den Massen.

Auch die Theorie und Vorhänfung des „Sozialfaschismus“ hat fröhliche Auf-

Severing auf dem Wege zu Papen

Dortmund, 16. Oktober.

CNB. Der frühere preussische Innenminister Severing bezeichnete heute abend in einer sozialdemokratischen Wahlkundgebung als Ziel des 6. November, eine arbeitsfähige und arbeitswillige Mehrheit in das Parlament zu schicken. Zu den Vorgängen vom 20. Juli sagte er,

wenn Herr von Papen ihn damals gefragt haben würde, ob er freiwillig seinen Posten verlassen wolle, dann wäre das Wort: „Ich weiche nur der Gewalt“ nicht gesprochen worden.

Aber man habe ihn zur Niederlegung seines Amtes zwingen wollen. Politik auf lange Sicht wäre es nicht gewesen, die Arbeiterklasse in diesem Jahre der Verdrängung entgegenzuführen. Nachdem Severing betont hatte, die Gegnerschaft zum Kabinett Papen sei nur zum Teil durch seine Zusammensetzung bedingt, wandte er sich gegen die Politik der Reichsregierung; er tadelt insbesondere die Kontingierungspolitik und die Art der Außenpolitik.

sagte aber, wenn es der Regierung Papen gelingen würde, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, da würde das nur zu begrüßen sein,

da dieses Problem außer der Parteipolitik stehe. Zur Münchener Rede des Reichskanzlers bemerkte er prinzipiell, die Arbeiterschaft könne an den Grundlagen der Verfassung nicht rütteln lassen, wenn er auch zugebe, daß die Reichsverfassung in manchen Teilen Verbesserungsbedürftig sei.

ersterung gefeiert, und aus der „politischen“ Resolution der KJ-Plenartagung wird eine Stelle zitiert, nach der die Kommunisten den Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie richten sollen. Das ist nichts anderes als die erneute und verschärfte Fortsetzung der Politik der Zerschlagung jeder Möglichkeit zur Bildung der proletarischen Einheitsfront gegen Faschismus und Kapitalismus.

Weiter wird in dem Leitartikel zur Plenartagung darauf angespielt, daß in der KPD wieder einmal Genossen sind, die von der Parteilinie abweichen, und daß demgegenüber „die Politik des Genossen Thalmann allzeit und jederzeit richtig“ ist. Aber es wird den Mitgliedern der KPD und ihren Presse-Lesern kein Name genannt (es handelt sich wahrscheinlich um Heinz Neumann) und auch kein Wort über die Art der Abweichungen mitgeteilt. Eine Klärung dieser Fragen ist also offenbar nicht so wichtig, oder soll vielleicht keiner wissen, ob er nicht etwa selbst damit gemeint ist?

Während auf der einen Seite die großen Siege der KPD und der revolutionäre Aufschwung festgestellt werden, heißt es auf der anderen Seite, daß die praktische Arbeit der KPD sehr ungenügend war, und daß eine Schere zwischen den gefaßten Beschlüssen und ihrer praktischen Durchführung bestünde. So viele Worte, so viel Phrasen und nichts ernst zu Nehmendes für die deutsche Arbeiterbewegung, außer in negativem Sinne! Bezeichnend ist außerdem, daß keiner der auf der KJ-Tagung gefaßten Beschlüsse voll abgedruckt ist, obwohl der KPD schnellere Auslösung und Organisation von Massenstreiks befohlen sein soll (als ob man da einfach nur zu befehlen brauchte!).

Außerst bezeichnend ist es auch, daß die KPD-Presse bis heute noch kein Wort über die Ausschüsse von Snow, Jew, Kamenew und vielen anderen aus der Kommunistischen Partei Rußlands mitgeteilt oder sich sonst zu den seit Tagen in allen anderen Zeitungen gebrachten und aus der „Prawda“ zitierten Tatsachen geäußert hat. Jeder Tag beweist aus neuen, daß die KPD-Führer die Arbeiterklasse, an deren Spitze sie zu stehen behaupten, noch nicht einmal ernst nehmen, sondern daß sie glauben, mit diesen könne genau so gespielt werden wie mit ihnen selbst von den Verantwortlichen der Kommunistischen Internationale. — Wie lange kann so etwas gut gehen? Und wie lange werden die KPD-Anhänger und Mitglieder sich das noch gefallen lassen?

Dr. Litten darf nicht verteidigen

Berlin, 16. Oktober.

CNB. Das Schwurgericht beim Landgericht III, vor dem am Montag der Felsen- eck-Prozeß, der die Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in der Kolonie Felsen- eck zum Gegenstand hatte, wieder aufgenommen wird, hat heute Vormittag beschlossen, den kommunistischen Verteidiger, Dr. Litten nicht wieder zuzulassen.

Die Reichsliste der SAP

Die Sozialistische Arbeiter-Partei stellt bei der Reichstagswahl am 6. November auch eine eigene Reichsliste auf. Der Parteivorstand hat im Einvernehmen mit dem Bezirksrat einstimmig die folgende Reichsliste eingereicht:

Georg Ledebour; Max Seydewitz; Kurt Rosenfeld; August Siemsen; Andreas Fortuna; Frankfurt; Jakob Walcher; Fritz Pietsch; Breslau; Ludwig Hacke; Plauen; Paul Frölich; Klaus Zweiling; Dr. Käthe Frankenthal; Hein Herbers; Kassel; Walter Fabian; Fritz Herkenrath; Köln; Fritz Vogel, München.



Uraufführung im Lobtheater: „Sigismund“ von Julius Hay

„Nie hätte ich dieses Thema behandelt, fände ich zwischen Konstanz und Genf, zwischen Kaiser Sigismund und den modernen Wirtschaftsführern nicht eine verdammt Ähnlichkeit“...

Die Geschichte berichtet

Die Geschichte berichtet, Sigismund, der Sohn Karls IV., wurde schon als Zehnjähriger Kurfürst von Brandenburg...

Das Konzil zu Konstanz

Dieses Konzil, eine von Prälaten und Fürsten zahlreich besuchte Kirchenversammlung, von Hay nicht ohne einen Fingerzeig auf den Genfer Völkerbund...

Der Revolutionär Hus

Aber auch der Prozeß gegen Hus ruhte nicht. Und das bildet nun das Kernstück des Dramas: Hus, der Anhänger der von dem Engländer Wiclif propagierten Lehren...

Kritik

Den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Machthaber und Unterdrückten wollte der Autor mit dem Drama von der Bühne herab demonstrieren...

„Ihr seid doch auch nur Proleten im Waffenrock!“

Ein Satz, der ein Jahr drei Monate Festung einbringt

Breslau, 15. Oktober.

Aus Leipzig wird Wolffs Schlesischem Landesdienst gemeldet (eine bürgerliche Meldung alsd. Anmerk. der Red.):

Unter der Anklage der versuchten Zersetzung der Polizei in Form eines Appells an ihre Solidarität mit dem Proletariat hatte sich der 44-jährige, aus Oberschlesien stammende Bergmann Anton Jadasch...

Aus Anlaß der Einführung des neuen Republikstrafgesetzes hatte die KPD auf dem Proletenhausener Platz in Essen am 10. Dezember 1929 eine Demonstration gegen den Polizeiterror und gegen die Senkung der Bezüge der Krupp-Invaliden veranstaltet...

Der Angeklagte bestritt entschieden...

den, daß er sich als langjähriger kommunistischer Funktionär und Abgeordneter in einer so ungeschickten und provozierenden Weise ausgedrückt haben könne...

Der erkennende Senat hielt den Angeklagten jedoch auf Grund der Beweisaufnahme im Sinne der Anklage für überführt und verurteilte ihn wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr und drei Monaten Festung...

Erfolgreicher Vorstoß der Opposition im ZDA-Breslau

Am Dienstag, den 11. Oktober, fand im Gewerkschaftshaus eine öffentliche Mitgliederversammlung des Zda mit dem Thema „Faschismus und Angestelltenchaft“ statt.

Es sprachen die Kollegen Ehrlich (KPO), Kühn (KPD) und Rosenstein (SAP). Zwischen jedem Redner machte die Versammlungsleitung die vergebliche Bemühung, die Dis-

kussion wieder abzuwürgen. Durch energisches Eingreifen des Koll. Rosenstein konnte die Diskussion unter dem Beifall der Mehrheit der Anwesenden bis zum Ende geführt werden.

SAP-Metallarbeiter!

Ueber unsere Aufgaben im politischen Kampf der Gegenwart spricht Gen. Eckstein am Freitag, den 21. Oktober, 19.30 Uhr, bei Hoffmann, Pöpelwitzstraße.

spielsweise klar gesehen und ein Stück deutlich gemacht, wie sich Sigismund schon auf das junge Bürgerlein, die neuen gesellschaftlichen Kräfte in den Städten stützt...

Die Aufführung

Die Aufführung bot einige besonders wirksame Bühnenbilder wie die Konzilversammlung in der Kathedrale, mit der Inszenierung Harry Wiltons die dramatische Wirkung des Stückes vorteilhaft unterstrich.

mund, besonders im Schlußbild, der Papst Johann des Rudolf Klix und Hans Frank als Hus. Die Aufführung verdient besonders bemerkt zu werden...

„Meine Schwester und ich“ im Gerhart-Hauptmann-Theater.

Die Wehrauchatmosphäre Hauptmannscher Mystik, die wochenlang nach Eröffnung des Gerhart-Hauptmann-Theaters die schönen neuen Räume beherrschte scheint endgültig verfliegen zu sein.

„Meine Schwester und ich“ wird von den Verfassern ein „musikalisches Spiel“ genannt. Und damit wollten sie ihre Seicht- und Blötheit scheinbar verdecken...

Verfasser: Berr und Verneuil. Von Verneuil's Mitarbeit, der es bisher immerhin verstanden hat, seinen literarischen „Nichtsen“ irgendwie einen prickelnden Reiz zu verleihen...

Und Herr Berr? Einfach brrr... Was in diesem Spiele sich die Verhersteller an gedankenloser und blödesten Reimerei, die stellenweise verflucht nach

er es dem ähmerst gewandten und demagogischen Dr. Stammer nur leicht machen, mit einer Handbewegung über diesen Diskussionredner hinwegzugehen.

Die einzige Diskussionsrede, mit der sich Dr. Stammer zuerst befante und das auch ausdrücklich betonte, war die unseres Genossen Rosenstein. Dr. Stammer die Unzulänglichkeit seiner Ausführungen über das Brennende „Was nun“ vorhielt und in knappen Ausführungen die Schaffung einer freigewerkschaftlichen Einheitsfront...

Der „Arbeiter-Zeitung“ aber, die einen groß aufgemachten Bericht hierüber brachte und die Diskussion als von ihr erzwungen, die gemachten Ausführungen als in ihrem Sinne (nämlich dem der RGO) hinstellte...

600 % Negersteuer

Gleiwitz, 15. Oktober.

Der Magistrat Gleiwitz hat beschlossen, vom 1. Januar 1933 ab 600 Prozent Bürgersteuer zu erheben.

Durch Starkstrom verunglückt

Hirschberg, 15. Oktober.

Bei Ausbesserungsarbeiten an der elektrischen Hochspannungsleitung am Bahnhof Jannowitz wurde der Arbeiter Schuszko aus Hirschberg vom elektrischen Strom getroffen und auf der Stelle getötet.

Kein Racheakt, sondern Raubmord

Die Vernichtungen des Kobelnicker Mörders Paul Franz aus Schlaupe, Kreis Neumarkt, haben ergeben, daß es sich bei der Bluttat an dem Briefträger Barm nicht, wie Franz zuerst erklärte, um einen Racheakt handelt.

einer Tertiarer-Arbeit anmietet, leisten, ist kaum wiederzugeben und verlohnt sich nicht der Mühe.

Und die Musik? Nur in den entlehnten Stellen durch ihre Entlehnung beachtenswert. Alles in allem die mieseste Operette ist ein Klassiker — verglichen mit diesem Machwerk.

Die Aufführung? Nun man hat sich redliche Mühe gegeben. Aber leid können einem die Schauspieler tun, wenn man sie in solviel Geistlosigkeit und Unnatur hineinzwängt. Ruth Albu gelingt es nur hier und da die Marionettenstarre, die man ihr aufgezungen hat, zu verlassen.

Das Publikum überschlug sich in Begeisterung, wieherte bei jedem zweideutigen, vielmehr eindeutigen Witz. Wie sollte es auch anders, wo doch in den letzten Jahren von der Erziehungsarbeit durch die Volksbühne nicht zu sprechen ist. Dieses fatale Stück müssen wir auf das Schuldkonto der Volksbühne verbuchen.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Die Zahnpaste von höchster Qualität Sparsam im Verbrauch

KPD-Praktiken in Britz „Die bankrotten Spalter melden sich“

H. H. Am vergangenen Donnerstag hielt die KPD in Britz eine öffentliche „Volks“-versammlung ab unter dem „Wahlversprechen“: Wie erkämpfen wir den Sozialismus? Es sprach der kommunistische Abgeordnete Hörnle über: Einheitsfrontaktion gegen Lohn-, Gehaltsabbau und faschistische Reaktion!

In seinem Referat ging der Gen. Hörnle vom sozialistischen Aufbau der Sowjetunion aus und schilderte dann in zweieinhalbstündigen Ausführungen die täglich wachsende Verelendung der Arbeiter. Im eigenen Gespräch erhielt seine Rede durch Behauptungen, die er der SAP unterwarf; diese lehnte es ab, in der gegenwärtigen Phase einen Kampf um eine sozialistische Wirtschaft zu führen. Er sagte wörtlich: „SPD und SAP behaupten: In Deutschland ist kein Sozialismus möglich, nur in Rußland. Deutschland ist vom Ausland abhängig. Das deutsche Proletariat würde von den Polen niedergeschlagen werden. Die Polen würden sofort nach Berlin marschieren.“ Wohlgerichtet, eine derartige Auffassung vertritt nach Meinung des Gen. Hörnle nicht nur die SPD, sondern, wie er mit Nachdruck betonte, auch die „Mischmacher“, wie er die Genossen der SAP bezeichnet. Im übrigen konnte man das Schauspiel erleben, daß er mehr gegen die SAP polemisierte als gegen die SPD. Die eigentliche Frage des Abends: Wie bringen wir eine einheitliche Aktion der Arbeiterklasse gegen die faschistische Reaktion zustande, beantwortete der Gen. Hörnle mit dem Hinweis, am 6. November die Liste 3 zu wählen!

In der Diskussion sprachen zunächst Vertreter der kommunistischen Jugend und der Roten Hilfe. Als unser Genosse Uetzfeld für die SAP sprechen wollte, verweigerte ihm der Versammlungsleiter das Wort, da er nicht geneigt sei, eine Kritik der kommunistischen Politik durch einen Vertreter einer „kleinen Splittergruppe“, wie die SAP eine darstellt, zuzulassen. Erst auf Wunsch des Gen. Hörnle gab der Vorsitzende nach.

Der Vertreter unserer Partei knüpfte an die Ausführungen des Referenten an und stellte die Frage, wie es möglich sei, daß trotz ungeheuerlichem Massenelend in der Arbeiterschaft nur wenig revolutionäre Stimmungen

vorhanden sind. Er zeigte die Ursachen und Wirkungen der kommunistischen Politik auf, die darin gipfeln, daß sich die KPD zusehends von den Massen isoliert und diese dem Einfluß der Reformisten überläßt. Als unser Genosse dann auf den 20. Juli und den Aufruf des ZK zum Massenstreik zu sprechen kam und feststellen konnte, daß trotz 1/2 Millionen KPD-Stimmen die kommunistische Bewegung genau so wie die SPD in Ohnmacht dandledliegt und dem Gen. Hörnle die Frage vorlegte, auch nur einen Betrieb von wesentlicher Bedeutung zu nennen, der der Parole des ZK gefolgt sei, obwohl nach Angaben der Parteipresse die RGO in vielen Großbetrieben führend ist, setzte unter Ermunterung der Versammlungsleitung der übliche Vorgang ein, den man nicht selten in Berlin in kommunistischen Versammlungen beobachten kann, daß man unbehaglich Kritiker einfach planmäßig niederbrüllt. Als Gen. U. sich dennoch durchsetzte und auf das Wirken der Antifaschistischen Aktion einging, das sich letzten Endes in parlamentarischen Manövern der KPD-Fraktionen erschöpft, stellte der Vorsitzende an die Versammlung die Frage, ob es zweckmäßig sei, unseren Diskussionsredner fortfahren zu lassen. Diese Aufforderung wirkte sich dahin aus, daß ein kommunistischer Versammlungsteilnehmer in gewalttätiger Weise unseren Genossen unter Duldung der Versammlungsleitung am Weiterreden hinderte und von der Rednertribüne herunterriß. Nicht ein Wort der Ablehnung dieses unsolidarischen Verhaltens wurde am Vorstandstisch laut. Im Gegenteil, unser Genosse wurde von Ordnern des Saalschutzes aufgefordert, den Versammlungsraum zu verlassen, um angeblich der Polizei keine Handhabe zum Einschreiten zu geben, obgleich diese bei diesem Vorgang geradezu fluchtartig den Saal verließ. Unsere wenigen anwesenden Parteigenossen verhielten sich diesem rohen Angriff gegenüber durchaus ruhig, sie wollten den Fortgang der Versammlung nicht gefährden. Die KPD in Britz aber hat wiederum gezeigt, daß Britz, in bezug auf die am Orte wohnenden bezahlten Angestellten der Arbeiterparteien, tatsächlich ein „Bonzen“-dorf ist, in dem bei Parteiveranstaltungen, ganz gleich ob SPD oder KPD, kein kritisches Wort fallen darf.

Diese Heberschrift, zwispaltig, haben wir keinesfalls, wie es auf den ersten Blick scheinen mag, der sozialdemokratischen Presse entnommen. Nein, diese Zeilen mit ihrer spießbürgerlichen Banalität und klemburgerlichen Verlogenheit entstammten den revolutionären Spalten der kommunistischen „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“.

Was liegt zugrunde? Die Rochitzer Ortsgruppe der SAP hat entsprechend den Richtlinien des sächsischen Landesverbandes an die Arbeiterorganisationen am Orte für die Gemeindefürsorge das Angebot einer gemeinsamen Arbeiterliste gemacht. Bei einer schlichten Begründung dieses Vorschlages weisen die Rochitzer Genossen sehr richtig darauf hin, daß ein solches geschlossenes Vorgehen der Arbeiterparteien eine ungeheure moralische und physische Stärkung der Arbeiter gegenüber dem faschistischen Bürgerelend bedeutet.

Wie beantwortet nun die KPD dieses Schreiben. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ schreibt: „Unsere Mitglieder haben einstimmig beschlossen, eine Beantwortung dieses Schreibens abzulehnen, dafür aber unsere Antwort der Arbeiteröffentlichkeit zu unterbreiten.“ Also keine Antwort und doch eine Antwort. Was die Arbeiteröffentlichkeit anbelangt, so dürfte es angesichts der galoppierenden Schwindsucht der kommunistischen Presse angebracht sein, wenn wir die Redakteure der KPD in ihren Bemühungen unterstützen. Wir können das um so mehr, da nichts besser geeignet ist, die kommunistischen Führer zu entlarven, als ihr Geschwätz.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ tut so, als wenn es uns auf die Erringung einiger Mandate ankäme. Dabei schreiben unsere Rochitzer Genossen selbst: „Um Irrtümern vorzubeugen, teilen wir Euch mit, daß es für uns nicht darum geht, Mandate zu erhaschen.“ Daß dies nicht nur Worte sind, haben wir mehrfach bewiesen. Aber was luts. Wer uns bekämpft, kann dies eben nur mit Verleumdung. Wie richtig unsere Vorschläge zur Gemeindefürsorge sind, beweist die Tatsache, daß in einer ganzen Reihe sächsischer Orte sowohl KPD- wie SPD-Funktionäre eine gemeinsame Arbeiterliste bereits aufgestellt haben. Daß dies gerade in Orten geschieht, wo der Prügelstock der Bürokratie nicht immer hinreicht, beweist nur, daß der gesunde Instinkt der Arbeiter tausendfach besser ist, als die alberne Weisheit derer in Redaktionsstuben und Büros.

Weiterhin schreibt die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“: „Die SAP, das vor den Massen der Arbeiterschaft schon längst entlarvte Spaltergüppchen „linker“ Sozialfaschisten, versucht immer wieder seine ar-

beiterfeindliche Politik an den Mann zu bringen. Mit raffinierten Manövern wollen sie die Spaltung der Arbeiterbewegung weitertreiben und glauben, daß mit den bevorstehenden Kommunalwahlen wieder einmal der richtige Zeitpunkt gekommen ist, um sich einen Boden für ihre bankrotte sozialfaschistische Politik zu schaffen.“ Soviel Worte, soviel Dummheiten. Da haben sich tausende sozialdemokratischer Arbeiter in bewährter Erkenntnis vom Reformismus getrennt und den revolutionären Weg beschritten, und schon finden sich kommunistische Führer, die ihre kommunistische Gesinnung durch nichts als Gehaltsbezug beweisen haben, die diesen Arbeitern nichts zu sagen haben, als „bleib wo ihr herkommt“. Eine ganze Generation von Arbeiterführern,

Unterbezirk Zwickau-Crimmitschau.

Gewerkschaftskursus für die Ortsgruppen des Wirtschaftsgebiets Zwickau Sonnabend, den 22. Oktober, 19.30 Uhr Sonntag, den 23. Oktober, 9.00 Uhr im „Deutschen Haus“, Zwickau, Schnebergerstraße.

Genosse Jakob Walcher, Berlin, ist Kursuslehrer; Kursbeiträge für Unterstützungsbeitrag 15 Pfg., für Bezahlte 30 Pfg.

Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Einkl. um gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Die Unterbezirksleitung.

darunter kein geringerer als Lenin, hat in unzähligen Schriften bewiesen, daß Spaltung kein Hebel ist, wenn es sich um die Scheidung des Kerns von der faulen moralischen Hülle handelt. Ausgerechnet die kommunistischen Geisteshelden von heute, die das Erbe Lenins jeden Tag aufs neue durch die Gosse schleifen, werden die rettenden Engel der in arger Bedrängnis befindlichen sozialdemokratischen Führer und geben ihnen das erwünschte Stichwort „Spalter“. Und da hiermit wieder einmal so sinnfällig bewiesen wurde, wie sich die Bürokratie beider Parteien trotz allem Geschreis in die Hände arbeiten und Fleisch von einem Fleische sind, bleibt auch für die Arbeiter nichts anderes übrig, als ihrerseits die Front auszurichten gegen den gemeinsamen Feind und, wenn es sein muß, auch gegen die widerstrebenden Führer. Die SAP unterstützt am wirksamsten die Bestrebungen der Arbeiter auf Herstellung der kämpfenden Einheitsfront. Ihr gehört die Stimme am 6. und 13. November!

Arbeit für die Einheitsfront

(Eigener Bericht der SAZ.)

Zwickau, 15. Oktober.

Trotz aller bisherigen Mißerfolge hat der ernstlich um das Schicksal der Arbeiterklasse besorgte Teil der Zwickauer Arbeiterschaft einen neuen Versuch zur Schaffung der proletarischen Einheitsfront unternommen. Für den 13. Oktober riefen die SAP, die KPD und der ISK zu einer gemeinsamen Versammlung auf mit dem Thema „Die Möglichkeit der proletarischen Einheitsfront in Zwickau“. Es sprachen je ein Vertreter der genannten Organisationen. Genosse Fischer (SAP) zeigte auf, daß alle Wirtschaftsankurbelungen nur Börsenmanöver sind. Die kapitalistischen Führer selbst wissen dies — deshalb rüsten sie zum Krieg gegen Rußland und machen in Kolonialimperialismus. Die Talen der Papienregierung beweisen, wie hoffungslos die Situation des deutschen Kapitalismus ist. Subventionen, Zollerhöhungen und die politische und wirtschaftliche Entrechtung der Arbeiterklasse sind Verzweiflungsakte einer sterbenden Wirtschaftsordnung.

Genosse Metz vom Int. Soz. Kampfbund wies hin auf die Gefahr des Faschismus. Die politische Lage sei durch den Streik in der Harzburger Familie für die Arbeiterschaft etwas günstiger geworden als vor dem 31. Juli 1932. Auch innerhalb der NSDAP rebelliere es. Jedoch ist die faschistische Gefahr als Gesamtheit nach wie vor riesengroß. Der Herrenklub und die Militär-Schleichei ist als neues faschistisches Glied erwachsen. Der Stahlhelm soll die bisherige Rolle der SA und SS übernehmen. Die Gefahr ist groß — die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Arbeiter noch größer.

Von der richtigen Einheitsfronttaktik der KPD vor 1925 ausgehend, forderte Genosse Bauer (KPD) eine Aenderung der jetzigen sturen Haltung der KPD und SPD. Die KPD sieht in dem Kampfbund gegen den Faschismus und die SPD in der „Eisernen Front“ die Einheitsfront, und beide meinen dabei doch nur ihren Parteieliten. Unsere Hauptaufgabe muß deshalb sein, systematische Arbeit in den proletarischen Massenorganisationen zu leisten.

Die von 300 Proletariern besuchte Versammlung nahm zum Schluß einstimmig zwei Entschlüsse an, in denen es heißt:

„Die Arbeiterklasse hat durch eine Reihe erfolgreicher Abwehrstreiks bewiesen, daß sie die Kraft und den Willen hat, die Entwicklung nicht kampflos hinzunehmen. Schon beginnt aber auch der anfängliche Widerstand der Gewerkschaftsbürokratie nachzulassen, obgleich die Arbeiter in einem opferbereiten Kampfwillen bewiesen haben, daß Abwehrstreiks gegen die Unternehmeroffensive auch in der Krise möglich sind.

Die von der Papienregierung diktierten Maßnahmen, die einen Teil der faschistischen Forderungen verwirklichen wollen, beweisen

aber auch, daß der Faschismus in Deutschland keine der Grundfragen des Kapitalismus lösen kann und wird. Sein endgültiger Sieg würde nur die Kräfte, die den revolutionären Ausweg erkämpfen können, hemmen, zerschlagen und entzweifeln, wenn nicht im letzten Moment noch die Einheitsfront aller Arbeiter hergestellt wird. Nur diese kämpfende Einheitsfront kann, wenn sie die zersplitterten Einzelstreiks zusammenfaßt zum politischen Massenstreik, den Schlag gegen Kapitaloffensive und Faschismus führen zum Endkampf um den Sozialismus, als dem einzigen Ausweg aus Kapitalismus und Krise.

Die Versammelten verpflichteten sich, in allen Arbeiterorganisationen, in den Betrieben, in den freien Gewerkschaften, auf den Stempelstellen diese dringendste Aufgabe vorwärts zu treiben; sie appellieren an alle Sozialdemokraten und kommunistischen Arbeiter und an die Arbeiter in allen Massenorganisationen, daß sie sich für die Schaffung dieses Kampfbündnisses auf das nachdrücklichste einsetzen.

Jetzt gilt es zu kämpfen gegen Kapitaldiktatur, gegen Faschismus, gegen Lohnabbau und die Geschenke an die Kapitalisten, für die Kontrolle und Leitung der Produktion, für den revolutionären Sturz des Kapitalismus, für die proletarische Diktatur, für den Sozialismus.“

Die zweite Entschliebung hat folgenden Wortlaut:

„Die Gefängnisse und Zuchthäuser der Papienrepublik sind mit revolutionären Klassenkämpfern gefüllt.

Täglich bringen die Schandurteile der Sondergerichte weitere zahlreiche Klassen-genossen hinter Kerkermauern. Die Versammlung protestiert gegen die reaktionäre Justiz und fordert die Beseitigung der Sondergerichte und die Aufhebung aller von ihnen gefällten Urteile. Wir fordern die Freilassung aller proletarisch-politischen Gefangenen.

Die Versammelten grüßen die mutigen, revolutionären Kämpfer, die hinter den Kerkermauern des Klassenstaates schmachten. Sie werden alles tun für ihre baldige Befreiung und für die Unterstützung ihrer Angehörigen.

Darum aber ist es die Pflicht eines jeden revolutionären Arbeiters, der einzigen überparteilichen Solidaritätsorganisation, der Internationalen Hilfsvereinigung, die alle proletarisch-politischen Gefangenen, gleich welcher Richtung oder Partei sie angehören, unterstützt, in ihrem Kampfe für die Opfer der Justiz und der Militärdiktatur beizustehen. Nur die Internationale Hilfsvereinigung gewährleistet durch ihre wirklich überparteiliche Grundlage jedem von der Justiz bedrohten Arbeiter wirkliche Hilfe. Arbeiter! Genossen! Werdet Mitglieder der IHV und unterstützt sie im Kampfe für die proletarisch-politischen Gefangenen!“

Kommunales aus Planitz

Kommunale Rundschau. Die Geburt des freiwilligen Arbeitsdienstes wurde auch in Planitz als freudiges Ereignis vom Stadtrat, den Bürgerlichen und einem Teil der in dieser Frage gespaltenen SPD-Fraktion begrüßt. Heute erzeugen die Nachwehen schon bei bürgerlichen Gemeindevertretern Leibschmerzen. Die Straßen-Neu- und Umbauarbeiten in der Nähe von Bräutigams Gasthof sind jetzt beendet, nachdem sie sechs Wochen ein ewiges Verkehrshindernis waren. Hätte man die Arbeiten durch Handwerker bei tariflicher Bezahlung ausführen lassen, die Geschichte hätte nicht halb solange gedauert und ob die Kosten nennenswert höher gewesen wären, ist sehr die Frage. Aber die Welt wäre stillgestanden, hätten nicht unser Bürgermeister und seine lieben Trabanten den Tarifbruch auf kaltem Wege durchführen können. Darum sind auch noch weitere ähnliche Arbeiten geplant. — Die Stadtverordnetenwahlen vom 13. November werfen ihre Schatten voraus. Aus dem Gewerbeverein wird bekannt, daß sein Vorsitzender, der einmalige bürgerliche Stadtverordnetenvorsteher und frühere Kommunist Tromer-Schneider scheinbar nicht mehr kandidieren will. „In Anerkennung seiner Verdienste für das Gewerbe“ soll er aber wieder in Vorschlag gebracht werden. Diese Art, von Zeit zu Zeit sein Amt niederzulegen, um sich dann wieder das vollste Vertrauen aussprechen zu lassen, ist die sicherste Methode, gerade dieses gewünschte Amt zu befestigen und seine Unabkömlichkeit unter Beweis zu stellen. Möglich, daß Dr. Zwirn bei seinem alten Rivalen Kurt Müller von der SPD, der ihm immer eine Nasenlänge voraus war, wieder einmal in die Schule gegangen ist. Kurt Müller, M. d. L., als SPD-Spitzenkandidat zur Stadtverordnetenwahl ist ja der schlüssigste Beweis für unsere oben dargelegte Auffassung. Legte er doch zu Beginn der vorjährigen Spaltungsperiode, nachdem die damalige SPD-Ortsgruppe sich restlos gegen nur fünf Stimmen für den Gen. Max Seydewitz und die von ihm vertretene Politik und gegen den Müller-Verwirrungsauftritt entschieden hatte, als letztes Druckmittel sein Stadtverordnetenmandat nieder. Und siehe da, die einstmals so forschenden „Linken“ Wagner, Dittes, Staudy, der „Blattl-Max“ Baumann und die M. d. R.-Kandidatin Drechsler wußten nun, was zu tun übrig blieb. Sie hatten die „Stimme ihres Herrn“ vernommen und mimen nun in der SPD-Opposition ohne Max Seydewitz und ohne die ihm und seiner Ueberzeugung treu gebliebenen Anhängerschaft, aber mit Kurt Müller. Als positiven Erfolg können wir buchen, daß ihr Kredit bei der revolutionären Planitzer Arbeiterschaft von Tag zu Tag mehr vor die Hunde geht, während unser

Einfluß und unsere unermüdete Arbeit im Sinne unseres Parteiprogramms wächst und allorts Anerkennung findet. Zur Orientierung unserer Leser und Anhänger wollen wir heute nur mitteilen, daß an Stelle von Trutzsch auf der KPD-Liste der Ratsherr Götz kandidiert. Der parteilose Stockbürger wird, nachdem er vergeblich an die KPD-Türe geklopft hat, wieder mit einer eigenen Liste der Parteiloosen erscheinen. Dafür aber wird der Streckler-Mann die Stadt Planitz mit Hugenbergs Ufa-Tönen beehren. Bei dem jetzt zum Himmel stinkenden Klügensumpf der Planitzer Nazis steht die zu erreichende Punktzahl für den „Ersten“ noch nicht genau fest. Drechsels „Erdäpffel“ scheinen dieses Jahr etwas wässrig zu sein. Heute schon bringen wir als Sozialistische Arbeiterpartei, gestützt auf eine gut fundierte Ortsgruppe, hinter der rund tausend Wähler stehen, deren Kadern von den besten Funktionären der verschiedensten Planitzer Arbeiterorganisationen gefüllt sind, die zahlenmäßig die KPD weit übertrifft und der SPD nur wenig nachsteht, ideologisch aber beide aus dem Felde schlägt, der Planitzer werklätigen Bevölkerung unseren Genossen Karl Häuser als Spitzenkandidaten in Vorschlag. Er ist der einzige von den zwölf früher „linken“ SPD-Stadtverordneten, der die rote Fahne auch auf diesem Kampffeld des Proletariats hochgehalten hat. Als alter zickiger Funktionär in der Partei und Gewerkschaft, im Konsumverein, bei den Freidenkern, Mietern, Kriegsbeschädigten und auch im Naturheilverein vereinigt er auf sich ebenso wie unsere übrigen 24 Kandidaten revolutionäre Geradlinigkeit und politische wie persönliche Sauberkeit. — Am 6. November zur Reichstagswahl, am 13. November zur Stadtverordnetenwahl heißt die Parole: Die Stimmen aller Werktätigen und Ausgebeuteten für die SAP! Im außerparlamentarischen Kampf auf der Basis des Arbeiterblockes mit der SAP für den Sozialismus! Das rote Planitz steht kampfbereit!

Berlin

Kleine Anzeigen

in der SAZ sind
erfolgreich und billig!

Rose-Theater

Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E7 Welsch 9422

Dienstag, 18. Oktober
8.15 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick

Wie die Sozialisierung marschierte

Von J. Walcher

II

Im Verlauf der deutschen Revolution hat nichts die Massen so leidenschaftlich bewegt, wie die sogenannte Sozialisierungsfrage. In ihr kulminierte alles Hoffen und alle Erwartungen der Arbeiter. Wofür sie Jahrzehnte gekämpft und gestritten, wofür sie die schwersten Opfer gebracht, das schien durch die November-Revolution mit einem Male der Verwirklichung nahe. Es kam aber anders. Je mehr sich die Massen durch den Verlauf der Revolution, die unversehens zur Kontinuität geworden war, getäuscht und betrogen sahen, desto energischer verlangten sie von den Sozialdemokraten heider Richtungen die Verwirklichung des Sozialismus, die Realisierung jahrzehntelanger gesellter Hoffnungen.

Und der Wechsel, den die arbeitenden Massen den Sozialdemokraten präsentieren, von echt. Millionenfach hatte sich die Sozialdemokratie seit dem Erscheinen des Kommunistischen Manifestes, für seine Bindung verlobt.

Freilich, von Sozialisierung war ehemals nicht die Rede. Karl Marx, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, hat von der Expropriation der Expropriateure und davon gesprochen, daß die Enteignung der Kapitalisten die Aufrichtung der proletarischen Diktatur voraussetzt. Die Kautskys haben, als es ernstlich zu handeln galt, viel Staub aufgewirbelt, um die Frage zu beantworten, unter welchen geschichtlichen Voraussetzungen in einem kapitalistischen Lande die Möglichkeit zur Sozialisierung gegeben sei. Für Marx reduzierte sich diese Frage auf die andere: wann ist die proletarische Revolution möglich? Die Aufrichtung der proletarischen Diktatur, das ist nach Marx und Engels der Ausgangspunkt. Der praktische Aufbau des Sozialismus wird „überall und jederzeit von den geschichtlich vorliegenden Umständen abhängen.“

Für eine marxistisch-revolutionäre Partei war sonach bei Ausbruch der November-Revolution die Richtung ihres Handelns klar vorgezeichnet. Eine solche Partei existierte noch nicht. Der zahlenmäßig schwache Spartakusbund war erst im Begriff, eine Partei zu werden. Die Sozialdemokraten und Unabhängigen dachten samt ihren Volksbeauftragten nicht daran, im Marx'schen Sinne die Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen. Ihre Theoretiker (Kautsky und Hilferding) entdeckten plötzlich, daß „Sozialisierung nur in einem blühenden, reichen, zur höchsten Produktivität entfaltenen Kapitalismus möglich ist“. Sie erklärten, daß man „Konkursmassen nicht sozialisieren könne“. (Kautsky.) Die Unabhängigen um Hilferding erfinden das Wort: „Schulden können nicht sozialisiert werden, wo nichts ist, hat auch das Proletariat sein Recht verloren.“ Daraus zogen sie den Schluß, daß vorerst alles Trennende zurückgestellt werden müsse, da es jetzt vor allem darauf ankomme, die Fabriken wieder in Gang zu setzen. Erst wenn wieder alle Schornsteine rauchen, meinte Karl Kautsky, sei an eine Sozialisierung zu denken.

Die Mehrheits-Sozialdemokraten und auch die Unabhängigen haben in den Novembertagen 1918 und auch später noch in der Sozialisierungsfrage so gänzlich versagt, daß die bürgerlichen Ökonomen nicht müde werden, bis zum heutigen Tage darüber zu spotten, wobei für die Arbeiter das Betrüblichste eben darin besteht, daß die Spötter meist recht haben.

Als die Gewerkschaften im Januar 1921 „mit Befremden“ feststellten, daß die Regierung ihre in bezug auf die Sozialisierung gegebenen Versprechungen nicht erfüllt hat, da konnte das Organ der Schwerindustriellen hohnvoll erwidern:

„Als sie (die sozialdemokratische Partei und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund) die Zügel in der Hand hatten, hielten sie die Sozialisierung mit gespreizten Fingern von sich ab. Erst weit vom Schuß erklärten sie, das Seelenheil der Arbeiterschaft hänge von der sofortigen Lösung der Sozialisierung ab.“

Professor M. J. Bonn, schrieb 1926: „In den Tagen, wo alles nach Sozialisierung schrie, ist der deutsche Sozialismus so behutsam verfahren, daß dem Kapitalismus nichts geschehen ist. Wirtschaftsrat und Kaltrat, Betriebsrat und Kohlenrat sind das einzige, was von den großen Sozialisierungsbestrebungen übriggeblieben ist, die im Winter 1918/19 den Kapitalismus zu erschüttern drohten. Die deutsche Revolution hat nicht enteignet oder gar konfisziert, sie hat nur ein paar wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper organisiert, in denen die privatkapitalistischen Interessenten ungehindert weiter regierten, allerdings gesalbt mit einem Tropfen sozialistischen Oels. Eine Zeitlang hat man noch von Planwirtschaft geredet und dabei von einer Art gut bürgerlichen Sozialismus geträumt bei dem das Eigentum an Betrieben in den Händen der Vorarbeiter bleiben sollte, während die Leitung des Betriebes im Interesse der Allgemeinheit nach einem großen Plan geführt werden würde. Techniker, die mit wirtschaftlichen Dingen spielten und Bürokraten, die ungern ihre Kriegswirtschaftsstellen verließen, träumten an der Ausgestaltung eines Traumes mit, in dem ein Wirtschaftsdiktator mit milder Güte jedem das Seine zuschob, Ordnung und Willkür in sich vereinend, ein Zeus des Wirtschaftslebens — aber kein donnernder —, der in den Wolken thront und statt des gezückten Blitzes den Bleistift schwingt. Der Kapitalismus aber war gerettet.“ (Das Schicksal des deutschen Kapitalismus Seite 10.)

Sobald der Kapitalismus mit sozialdemokratischer Hilfe wieder fest im Sattel saß, zögerte er nicht, alle, die sich ihm in den Weg stellen wollten, kaltblütig niederzureiten. Sozialismus war jetzt nur noch möglich, wenn es gelang durch eine zweite Revo-

lution dafür die politischen Voraussetzungen zu schaffen.

Das begannen die aufgewühlten Massen zu begriffen. Blutige Kämpfe, gewaltige Demonstrationen in allen Teilen des Reiches, besonders aber jene in Mitteldeutschland und im Ruhrgebiet bewiesen, daß in den Massen immer stärker der Wille heranzutriebe, die Erfüllung alter Verheißungen und neuer Versprechungen zu erzwingen. Historisch gesehen hatte das ganze Geschwätz über Sozialisierung angefangen von der Volksbeauftragten bis zu saft entschlafenen Sozialisierungskomitees nur den Sinn, die revolutionären Massen zu täuschen und vom wirklichen Kampf um den Sozialismus abzuhalten. Die Unabhängigen, deren Politik sich infolge der Unklarheit in ihren eigenen Reihen und der bewußt reformistischen Einstellung ihrer Theoretiker in Kautsky und Hilferding, objektiv für die Kontinuität auswirkte, mußten, da sie einmal A gesagt, in der Folge auch B sagen. Sie haben durch ihr Verhalten im November und Dezember der Sozialdemokratie ihre Politik ermöglicht. Als sie im Dezember aus der Regierung austraten, waren sie für die Kontinuität bereits entbehrlich geworden.

Das Trauerspiel mit der Sozialisierung begann bereits am 12. November, als die Volksbeauftragten ankündigten, daß es ihre Absicht sei, „das Eigentum gegen Angriffe zu schützen“ und im gleichen Atemzug versprochen, „das sozialistische Programm zu verwirklichen“. Auf diese Weise konnte der Sozialismus nie verwirklicht werden.

Wie eine proletarische Regierung, der es mit dem Sozialismus ernst ist, in solcher Lage handeln muß, das konnten die deutschen Arbeiter an dem Beispiel der russischen Sowjetrepublik erkennen. Dort haben die Sowjets sofort nach der Oktoberrevolution folgendes beschlossen und durchgeführt:

„Aus der Verfassungsurkunde der russischen Sowjet-Republik“

1. „Jedes private Eigentum wird an Grund und Boden aufgehoben, und der gesamte Bestand an Land wird als Gemeineigen-

tum des Volkes erklärt und den Arbeitenden ohne jeden Entgelt auf der Grundlage der ausgleichenden Bodenbenutzung übergeben.“

2. Alle Wälder, die Bodenschätze, und die Gewässer von allgemein staatlicher Bedeutung, ebenso alles lebende und tote Inventar, die Mustergüter und landwirtschaftlichen Betriebe werden als Nationalvermögen erklärt.

3. Als erster Schritt zum vollen Übergang der Fabriken, Betriebe, Bergwerke, Eisenbahnen und der anderen Transport- und Produktionsmittel in das Eigentum der Arbeiter- und Bauern-República wird das Rätegesetz betreffend die Arbeiterkontrolle und den Obersten Volkswirtschaftsrats, zwecks Sicherung der Gewalt der Arbeitenden über die Ausbeuter bestätigt.

4. Als Vorbedingung für die Befreiung der arbeitenden Massen vom Joche des Kapitalismus wird der Übergang aller Banken in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates bestätigt.

5. Zwecks Vernichtung der parasitischen Gesellschaftsschichten und Organisierung der Wirtschaft wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt.

6. Im Interesse der Sicherung der vollen Gewalt der arbeitenden Massen und der Beseitigung jeder Möglichkeit einer Wiederherstellung der Gewalt der Ausbeuter wird die Bewaffnung der Arbeitenden, die Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern und die völlige Entwaffnung der besitzenden Klassen angeordnet.“

Der Abstand zwischen dem von Ebert-Haase firmierten deutschen Novemberrevolution und der russischen Oktoberrevolution ist nicht zu ermesen. Aber schließlich war in die Unzulänglichkeit der Regierung Ebert-Haase nur der Ausdruck all der Schwächen, Halbheiten und Unklarheiten in den Arbeiter- und Soldatenräten. Wohl wurde auf dem I. und II. Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte manch treffendes Wort auch zur Sozialisierungsfrage gesprochen und diese selbst gefordert, aber die Mehrheit bewegte sich im Gleise der Volksbeauftragten, was nicht wundern kann bei einer Körperschaft, die ihre Macht freiwillig an die Nationalversammlung abgab. (Fortsetzung folgt.)

Der Konflikt im Papenlager

Kohlenbarone befürchten ein wirtschaftliches Trümmerfeld

Wie der „Vorwärts“ berichtet, hat das Ruhrkohlen Syndikat am vergangenen Mittwoch folgendes dringendes Telegramm an den Reichskanzler, an verschiedene Reichsminister und die Reichsbank gerichtet:

„Die deutsche Einfuhrnennungs politik wirkt in Italien, in den Oststaaten, besonders aber in Holland zerrütend auf den Ruhrkohlenabsatz. Die Nachrichten werden von Tag zu Tag schlimmer. Nach Beendigung der laufenden Lieferungsverträge werden wir vor einem Trümmerfeld stehen. Der Ruhrbergbau wird wie die übrige auf Ausfuhr angewiesene Industrie noch unter den jetzigen Tiefstand herabgedrückt werden. Anstatt der von der Regierung gewollten Belebung der Wirtschaft sehen wir ein weiteres Absinken der Industrie und eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit voraus.“

Die Hoffnung, daß die Kontingentierung durch Belebung der Landwirtschaft auch den Industrieabsatz heben und dadurch den Schaden der sinkenden industriellen Ausfuhr ausgleichen werde, wird sich immer deutlicher als trügerisch erweisen. Die industrielle Kaufkraft wird entsprechend dem Aus-

fuhrrückgang sinken zum Schaden auch der Landwirtschaft. Die Kosten der verfehlten Politik wird in erster Linie der Ruhrbergbau und die übrige Industrie zu tragen haben.“

Dieses Telegramm und der von uns schon gemeldete Brief des Reichsbankpräsidenten Luther an den Reichskanzler hängen offensichtlich aufs engste miteinander zusammen.

Man sieht, so einig Schlotbarone und Kraulunker in allen kontinentalen und gegen die Arbeiterklasse gerichteten Maßnahmen sind, so sehr raufen sie sich untereinander, wenn es um die Wurst, das heißt um den Profit geht. Die Großagrarien antworten in ihren Organen den „Reichsbankherren“ und Kohlenbaronen nicht minder scharf. Von der „Deutschen Tageszeitung“ und anderen Agrarblättern wird jetzt die gar nicht einfache Absetzung des Reichsbankpräsidenten Luther gefordert.

Die Arbeiterklasse muß alles tun, um beide, die Kaste der Kraulunker wie die der Schlotbarone zum Teufel zu jagen und so den „Streit“ gründlich und endgültig zu „schlichten“.

Die Not der arbeitslosen Eisenbahner

(Eigener Bericht)

Bochum, 16. Oktober.

Die Kürzung der Unterstützungssätze durch die 5. Notverordnung haben besonders die arbeitslosen Eisenbahner hart getroffen. Infolge der Feierschichten und niedrigen Löhne bekommen sie jetzt eine Unterstützung, die wesentlich unter den Sätzen der Wohlfahrtsunterstützung liegt und in den meisten Fällen 25 bis 30 Prozent beträgt. Verheiratete Eisenbahner mit einem Kind erhalten eine wöchentliche Unterstützung von 12 Mark oder 50 Mark im Monat. Davon müssen manchmal Mieten bis zu 40 Mark bezahlt werden. Es verbleiben ihnen also nur einige Mark zum Leben.

Verschiedentlich haben sie sich an das Wohlfahrtsamt gewandt zwecks Zahlung einer Beihilfe, dieses wurde jedoch abgelehnt. Der Vertreter des Wohlfahrtsamtes gab ihnen den guten Rat, sie sollen Ziegen und Kaninchen zur Linderung ihrer Notlage halten. Zur Abwendung des größten Elends fordern die Eisenbahner für den Winter Ausgleich ihrer Unterstützung mit denen des Wohlfahrtsamtes, ferner Gestellung von Kohle und Kartoffeln.

Ferner wird Klage darüber geführt, daß bei Durchführung des Arbeitsbeschaffungs-

programms der Eisenbahn Löhne gezahlt werden, die den Richtsätzen für Wohlfahrtsunterstützung gleichkommen.

Schiedsspruch im Braunkohlenbergbau

WTB. Nach mehrstündigen ergebnislosen Einigungsverhandlungen fällt die Schlichterkammer für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau einen Schiedsspruch, der die Gehaltsstaffel für die Angestellten vom 18. Januar 1932 mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 wieder in Kraft setzt. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 19. Oktober 1932, 18 Uhr. Die Angestelltenverbände werden dem Schiedsspruch zustimmen.

Die Unternehmer fordern bekanntlich einen Gehaltsabbau von 15 Prozent. Sie werden höchstwahrscheinlich den Schiedsspruch ablehnen. Da mit einer Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches zugunsten der Angestellten kaum zu rechnen ist, so werden auch jetzt die Angestellten den Gehaltsabbau nur durch entschlossenen Kampf abwehren können.

Zuspitzung der Lage in der Aachener Textilindustrie

Die gestrige Verhandlungen für die Aachener Textilindustrie sind ergebnislos verlaufen.

„Beamten-gewerkschaft“ verboten!

Das vom freigewerkschaftlichen Gesamtverband herausgegebene, wöchentlich erscheinende Organ der Beamten und Angestellten des Reichs und der Länder, die „Beamten-Gewerkschaft“, ist vom Berliner Polizeipräsidenten bis zum 25. Oktober verboten worden.

Das Verbot wird begründet mit Ausführungen, die sich gegen die Regierung Papen richten. Angezogen werden Schriftsätze, in denen der Regierung Papen-Schleicher-Gayl vorgeworfen wird, sie setze willkürlich Beamten ab und setze sich über Verfassung und Recht hinweg.

Das ist nach dem Verbot der „Buchbinder-Zeitung“ das zweite Verbot einer freigewerkschaftlichen Verbandszeitung, das um so bezeichnender ist, als die „Beamten-Gewerkschaft“ nichts anderes tat, als in Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder die Tatsachen schilderte. Aber gerade das kann die Papenregierung nicht vertragen. Es zeigt, in welcher unmittelbaren Gefahr nicht nur die Gewerkschaftszeitungen, sondern die Gewerkschaften selbst schweben. Bei Fortsetzung des heutigen Papen-Kurses und beim weiteren Fehlen einer geschlossenen Abwehraktion der Arbeiterklasse wird es nicht mehr lange dauern, bis nicht nur Zeitungen, sondern die Gewerkschaften selbst verboten werden.

Eine Mahnung an die Arbeiterklasse und besonders an die Gewerkschaftsführung, alle organisatorischen Kräfte, das heißt auch die Machtmittel der Gewerkschaften, im außerparlamentarischen, politischen Kampf gegen Kapitalsdiktatur und Papen-Regierung einzusetzen.

Das nennt sich freiwilliger Arbeitsdienst!

Wer fernbleibt, bekommt keine Unterstützung mehr!

Der Landrat des Kreises Wittenberg hat an Jugendliche, die sich nicht zum freiwilligen Arbeitsdienst meldeten, folgendes Schreiben gesandt:

„Sie haben sich auf meine Aufforderung nicht zum freiwilligen Arbeitsdienst gemeldet. Zur Uebersendung der ausgefüllten Meldekarte setze ich Ihnen eine letzte Frist von 3 Tagen. Geht innerhalb derselben Meldung nicht ein, dann muß ich annehmen, daß Sie nicht mehr hilfsbedürftig im fürsorgerechten Sinne sind. Ich werde dann prüfen, von welchem Zeitpunkt ab die Zahlung der Unterstützung eingestellt werden muß.“

Damit wird also in einer amtlichen Verfügung zugegeben, was wir immer vorausgesetzt haben: von einer Freiwilligkeit des Arbeitsdienstes kann im kapitalistischen System, zumal in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit, nicht die Rede sein. Wir haben heute bereits den Arbeitsdienstzwang, nur daß vorläufig noch die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für die allgemeine Durchführung der Arbeitsdienstpflicht fehlen. In allen proletarischen Massenorganisationen müssen wir auf diesen Erlaß des Wittenberger Landrats, dem sicher bald weitere entsprechende folgen werden, hinweisen und zum Kampf gegen den Arbeitsdienst in jeder Form aufrufen!

Erfolg der Arbeitslosenkämpfe

Belfast, 16. Oktober.

WTB. Amtlich wurde heute nacht bekanntgegeben, daß die Wohlfahrtsunterstützungen für die notleidende Bevölkerung um 40 bis 60 Prozent erhöht werden. Veranlassung zu den kürzlichen Unruhen in der Stadt hatte bekanntlich die Unzufriedenheit mit den Unterstützungen gegeben.

Die Erhöhung der Unterstützungssätze ist ohne Zweifel das Ergebnis der gewaltigen Kämpfe der Arbeitslosen selbst. Des weiteren aber standen die Behörden unter dem Druck des Generalstreikbeschlusses der Gewerkschaften, denn, wie gemeldet wird, haben die Gewerkschaften erst jetzt beschlossen, daß sie nach Bewilligung der Erhöhung von der Durchführung des Generalstreiks Abstand nehmen.

Wieder ein Beweis, daß die Arbeiterschaft entscheidende Erfolge nur in außerparlamentarischen Massenkämpfen erzielen kann.

Werbt Abonnenten

Verantwortlich: Paul Hannack, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck Th. Schatzky AG. Breslau, Neue Graupenstr. 7

Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppen, Telefon 206 02

Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppen, Telefon 206 02

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92.